

Mit Julia Schmuck im Studio, guten Abend.

Was die 120.000 Beschäftigten der Metallbranche im nächsten Jahr verdienen, das wird seit heute verhandelt.

Die Forderung der Gewerkschaft liegt jetzt auf dem Tisch, sie will 11,6 Prozent mehr lohnen.

Was mit den noch nicht geschlossenen Geschäften von Kicker und Leiner passiert ist, ist heute auch klar, sie können offen bleiben.

Die Gläubiger haben dem Sanierungsplan zugestimmt.

Was FPÖ-Nahe-Politiker gestern in Kabul gemacht haben, zeigt jetzt ein Foto aus afghanischen Medien.

Es zeigt die ex-FBÖ-Abgeordneten Mölzer und Hübner mit Taliban-Vertretern.

Was das Wiener Rathaus von den umstrittenen Umwidmungen im Kleingartenverein hält, SPÖ-Politiker sollen profitiert haben, erfahren wir heute auch, alles korrekt erklärt eine Sprecherin der Planungstaträtin von der SPÖ.

Was das Wetter bringt, weiß jetzt Geralt Holzinger.

Der Tag geht meist sonnig zu Ende, nur im Südosten ist es zum Teil immer noch bewölkt.

In der Nacht bildet sich vermehrt Nebel und es kühlt ab auf 16 bis 8, in einigen Alpentälern bis etwa 4 Grad.

Morgendienstag kehrt der Spätsommer zurück mit Höchstwerten von 20 bis 28 Grad.

Zunächst hält sich zwar in einigen Regionen Nebel, tagsüber wird es aber überall sonnig, nach Osten hin kommen ein paar Quellwolken dazu.

Vor allem in Teilen von Ober, Niederösterreich und der Obersteiermarkt lebt Südostwind auf.

Wir beginnen die Sendung mit der Herbstlohnrunde.

Traditionell wird die ja von den Metallern eröffnet und gilt als richtungsweisend auch für andere Branchen.

Die Gewerkschaften der Metallbranche fordern ein Einkommensplus von 11,6%

und verlangen vor allem, dass die Inflationsentwicklung seit September des Vorjahres zur Gänze ausgeglichen wird.

Allein das macht 9,6% aus Volker Obermeier berichtet.

Die Forderung der beiden Gewerkschaften ProG sowie GPA hat überrascht, dass Einkommensplus war deutlich intensiver erwartet worden.

ProG-Cheferhandler Reinhold Binder begründet die Position der Arbeitnehmervertreter damit, die Kaufkraft der Beschäftigten zu sichern.

Wir sehen, dass die Deurung voll zugeschlagen hat.

Wir stehen leider fest, dass die Regierung auf allen Ecken und Enden versagt hat in der Deurungsbekämpfung.

Das fordert uns jetzt sehr.

Wir kämpfen für 200.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nun einen vernünftigen Lohn- und Gehaltszuwachs benötigen.

Die Arbeitgeber lehnen die Forderung in Höhe von 11,6% ab.

Überzogen, sagt dazu der Branche-Sprecher Christian Kniel.

Er verweist auf die Lage des stark exportorientierten Sektors.

Ich glaube, es ist noch nicht mal ganz angekommen, dass wenn eine Rezession steckt, dass einfach die Auftragseingänge und die Umsätze in unsere metalltechnische Industrie

eingebrochen sind,  
dass auch die Perspektiven eher nicht so rosig ausschauen  
und hier ein überzogener Abschluss dazu führen würde, dass wir uns noch weiter schwächen.  
Auch sei es nicht Aufgabe der Firmen, die Kaufkraft zu sichern.  
Ich glaube, es ist wichtig, dass man berücksichtigt,  
dass der Staat, auch wenn es nicht inflationssenkend war,  
aber sehr wohl auch einiges für die Einkommen gemacht hat.  
Wir werden auch unseren Teil dazu beitragen, aber wir können nicht die alleinige sein,  
die das alles obdecken muss.  
Ein Angebot haben die Arbeitgeber noch nicht vorgelegt.  
Es soll frühestens in einer Woche folgen.  
Zum Auftakt der Gespräche haben sich beide Seiten kompromissbereit gezeigt  
und den Willen nach einer Lösung bekräftigt.  
Noch einmal Reinhold Binder.  
Wir gehen an harte und schwere Verhandlungen, nehmen das aber mit Stolz  
und werden einen vernünftigen Kollektivvertragsabschluss herbeiführen.  
Offiziell starten die Verhandlungen bei den Metallern am kommenden Montag.  
Gelten soll der neue Branchenkollektivvertrag ab dem 1. November.  
Seit heute Mittag steht es fest.  
Die angeschlagene Möbelkette Kika Leiner wird es weiterhin geben.  
Die verbliebenen 17 Filialen müssen nicht zusperren,  
denn die große Mehrheit der Kika Leiner Gläubiger hat dem Sanierungsplan zugestimmt.  
Aus Sankt Bülten berichtet Paul Siehorsch.  
Für die 1770 verbleibenden Kika Leiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
geht es weiter.  
Die Filialen bleiben offen.  
Das wurde heute bei der Sanierungsplan-Tagssatzung verhandelt.  
Es geht um rund 130 Millionen Euro Anforderungen Karl-Heinz Götze  
vom Kreditschutzverband 1870.  
Es ist ein Deal, den man am Anfang gar nicht erwarten konnte.  
Muss man dazu sagen, weil wir haben durch die 20% unter super Quote,  
was ungefähr 14% ausmachen wird, in Summe rund 34%.  
Das ist eine ordentliche Quote.  
Nach Diskussionen zwischen Kika Leiner  
und Gläubigern in den vergangenen Tagen  
werden 10% gleich ausbezahlt statt 7% wie bisher vereinbart.  
Der Rest muss innerhalb von zwei Jahren bei den Gläubigern ankommen.  
Zwei Jahre so lange läuft auch der aktuelle Businessplan.  
Zumindest bis dahin schauen, die Zahlen gut aus, heißt es von Kika Leiner.  
Die früheren freiheitlichen Abgeordneten Andreas Mölzer  
und Johannes Hübners sind am Sonntag  
von einem Vertreter der Taliban in Kabul empfangen worden.  
Das zeigen heute Bilder aus afghanischen Medien.  
Bei dem Treffen soll laut diesen Berichten

auch über Konsularfragen gesprochen worden sein.

Stefan Kappacher berichtet.

Die FPÖ will mit der Reise ihrer Ex-Abgeordneten nichts zu tun haben.

Man habe erst heute durch Medienanfragen Kenntnis davon erlangt.

Die Reise sei eine Privatangelegenheit dieser Personen und weder abgestimmt noch im Auftrag der FPÖ erfolgt und auch nicht von der Partei bezahlt worden, heißt es.

Andreas Mölzer und Johannes Hübner,

bis er nicht zu erreichen waren, haben in Kabul

den quasi Außenminister des nicht anerkannten Taliban-Regimes

Amir Khan-Mutaki getroffen.

Auch das Außenministerium betont auf Anfrage,

dass das eine Privatreise sei.

Man habe in der Vorwoche davon erfahren

und über den freiheitlichen Parlamentsclub ganz dringend davon abgeraten.

Jemand in der FPÖ muss also doch schon vor Tagen informiert gewesen sein.

Die Reise ist doppelt bekannt, die Taliban sind international geächtet

und die FPÖ-nahe Delegation könnte sich naheliegenden Spekulationen zufolge für den rechtsextremen Herbert Fritz eingesetzt haben.

Der wurde im Juni von den Taliban in Afghanistan verschlägt,

nachdem man in rechten Medien in Österreich verbreitet hatte,

dass Afghanistan so sicher sei, dass man dort urlaube könne.

Die Macht aber in Kabul werfen dem 84-jährigen Österreicher Spionage vor,

das Ausnahm betont, dass man sich im Rahmen der EU-Delegation in Afghanistan

um die Freilassung von Fritz bemühe, die Möglichkeiten sein dort aber sehr eingeschränkt.

Die Abwicklung der Corona-Impfung, unser nächstes Thema.

Gestern hat Gesundheitsminister Johannes Rauf und den Grünen der Ärzteschaften ultimatum gestellt.

Heute legt er noch einmal nach und meint Wartezeiten auf einen Impftermin von 14 Tagen sein zu lange.

Sollte sich das nicht zügig ändern,

wolle er darüber nachdenken, das Impfen auch den Apotheken zu ermöglichen.

Die Ärztekammer ist wenig überraschend dagegen und sieht das Problem nicht bei sich.

Tanja Malle berichtet.

Termine für eine Impfung gegen das Coronavirus sind derzeit schwer zu bekommen,

auch wenn der angepasste Impfstoff seit rund zwei Wochen in Österreich verfügbar ist.

Impfen sollen diesmal ja hauptsächlich die niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen.

Es gebe derzeit intensive Gespräche, um das Impfen zum Laufen zu bringen,

so Gesundheitsminister Johannes Rauf von den Grünen heute.

Sollte das nicht klappen, will Rauf die Apotheken ins Spiel bringen.

Wir haben in Österreich eine Vielzahl von Apotheken, die durchaus in der Lage wären, das anzubieten.

Wenn es dann im niedergelassenen Bereich nicht klappt, dann werden wir das dort organisieren müssen.

Rauf wurde zudem konkret, was die aus seiner Sicht maximale Wartezeit auf eine Corona-Impfung betrifft.

Wenn es jetzt 14 Tage dauert, ist mir das auch schon zu lange, wenn Sie mich so fragen.

Ganz anders sieht das die Ärztekammer von Schwierigkeiten mit Terminbuchungen.

Will man dort nichts mitbekommen haben.

Das höre ich echt zum ersten Mal.

Sagt der Obmann der niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen Edgar Wutscher.

Er spielt den Ball zurück an den Gesundheitsminister.

Also ich weiß, dass mit all den Ärzten, mit denen ich geredet habe, das überhaupt kein Problem ist.

Er möge uns den Impfstoff geben und dann geht es los.

Denn das Problem sei, dass der Impfstoff noch nicht geliefert worden sei zu Wutscher.

Zur Überlegung des Gesundheitsministers, auch Apotheken,

das Impfen zu ermöglichen, sagt der Ärztevertreter.

Das geht einfach nicht.

Wir wollen eine so gefälltliche Versorgung, weil es Zwischenfälle geben kann.

Und der Apotheker nie in der Lage ist, das zu behandeln.

Gesundheitsminister Rauch will jedenfalls bis zur kommenden Woche Verbesserungen bei der Verfügbarkeit von Impfterminen sehen.

Es war gestern der schwerste Zwischenfall seit Jahren zwischen Serbien und dem Kosovo.

Schwer bewaffnete serbische Paramilitärs hatten sich im serbisch bewohnten

Norden des Landesgefächte mit der kosovarischen Polizei geliefert.

Die EU und die USA rufen beide Seiten zu friedlichen Verhandlungen auf.

Wer in der Sophie Meier berichtet.

Die Eskalation durch Dialog dazu ruft der außenpolitische EU-Kommissionssprecher Peter Stano in Brüssel auf.

Wir müssen einen Weg aus dem ständigen Krisenmodus finden und wieder zur Problemlösung durch Dialog gelangen.

Das habe der Zwischenfall gestern gezeigt.

Auch US-Ausminister Anthony Blinken schreibt online auf der Plattform X, erfordere die Regierungen des Kosovo und Serbiens auf, zum Dialog zurückzukehren.

Doch die EU-geführten Verhandlungen über eine Normalisierung der Beziehungen haben seit Monaten keine Lösung gebracht.

Zuletzt hat Brüssel vor allem die kosovarische Seite verantwortlich gemacht, weil sie die Bildung eines serbischen Gemeindeverbandes im Norden des Landes nicht akzeptieren will.

Die Region wird mehrheitlich von Serbinnen und Serben bewohnt, die die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkennen wollen.

Bei dem Angriff schwer bewaffneter serbischer Paramilitär sind gestern vier Kämpfer und ein kosovarischer Polizist getötet worden.

Die Polizei hat danach mehrere Bewaffnete festgenommen, so werden riesiges BAFM Arsenal und Militärausrüstung sichergestellt.

Die kosovarische Regierung wirft der serbischen Regierung vor, die militanten Kämpfer zu unterstützen.

Aus Belgrad wiederum heißt es, es handele sich um einen lokalen Protest

von Serbinnen und Serben gegen die kosovarische Regierung.  
Die Ukraine dürfte nach Angaben von Präsident Volodymyr Zelensky heute die erste Lieferung der US-amerikanischen Abrams-Panzer erhalten haben. Lange hat der Kyiv um diese Kampfpanzer gebeten. Ibniene erst hat Washington seine Zurückhaltung aufgegeben und der Ukraine die Lieferung zugesichert. Karin Koller berichtet. Das sei eine gute Nachricht, schreibt der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky heute auf seinem Telegram-Account.  
Die Abrams-Panzer seien schon in der Ukraine und bereiten sich auf ihren Einsatz vor. Ungleich ist aber, wie viele Abrams geliefert wurden, insgesamt haben die USA der Ukraine 31 dieser hocheffizienten Kampfpanzer zugesagt. Die ukrainische Armee erhofft sich mit den Abrams jedenfalls neuen Schwung für die bisher eher schleppende Gegenoffensive.  
Die ukrainische Armee hat heute übrigens mit einer Meldung aufhauen lassen. Der Kommandant der russischen Schwarzmeerflotte, der hochdekorierte Admiral Viktor Sakharov, sei getötet worden. Der Angriff ukrainischer Spezialeinheiten auf das flotten Hauptquartier in Sevastopol auf der Krim habe am vergangenen Freitag stattgefunden. Laut ukrainischen Angaben sollen 34 Offiziere dabei getötet, weitere 105 Menschen verletzt worden sein.  
Mosko hat den Angriff als solches bestätigt, bis er aber nur von Vermissten gesprochen. In Sevastopol auf der von Russland anektierten ukrainischen Halbinselkrim befindet sich eines der großen Kommandozentren für Moskos Krieg gegen die Ukraine. Von hier aus werden die russischen Besatzungsgruppen im Südosten der Ukraine versorgt und Raketenangriff auf Ziele in der Ukraine gesteuert.  
Der Krieg in der Ukraine dauert jetzt schon mehr als eineinhalb Jahre, weil kein Ende in Sicht ist fordern Hilfsorganisationen in Österreich jetzt eine längerfristige Perspektive für ukrainische Vertreibene. Rund 70.000 leben aktuell in Österreich.  
Ihr Bleiberecht wird bisher jeweils nur für ein Jahr verlängert. Zu wenig sagen Hilfsorganisationen. Sie fordern heute längerfristige Sicherheit vor allem für Frauen und Kinder, die hierher geflüchtet sind, Felix Novak berichtet.  
Bis März dürfen Ukrainerinnen und Ukrainer in Österreich bleiben, arbeiten und auch viele Sozialleistungen beziehen. Eine Verlängerung um ein Jahr ist zwar wahrscheinlich, aber nicht ausreichend, heißt es heute von Caritas Diakonie, Volkshilfe und Rotem Kreuz.  
Der Kriegsverlauf mache eine baldige Rückkehr unmöglich, dadurch brauche es längerfristige Perspektiven, nicht nur für die Vertriebenen selbst, sagt Caritas Generalsekretärin Annapar. Auch Arbeitgeber, wenn wir an die Integrationen in den Arbeitsmarkt denken, brauchen eine längerfristige Perspektive. Auch Vermieter von Wohnungen wollen diese Perspektive. Parer fordert daher eine Gleichstellung mit Asylberechtigten.

Im Raum steht dagegen eine andere längerfristige Variante und zwar eine Regelung vor allem über die Rot-Weiß-Rot-Card-Plus. Falls diese tatsächlich kommen, müssten zumindest drohende Versorgungslücken geschlossen werden, fordern heute die Hilfsorganisationen. Die umstrittenen Umwidmungen im Kleingarten und Grundstückskäufe von SPÖ-Mitgliedern, unser nächstes Thema. Da gibt es heute Rückenteckung aus dem Wiener Rathaus für jene SPÖ-Politikerinnen und Politiker, die seit Tagen wegen Grundstückskäufen in der Kritik stehen. Die Sprecherin von Planungstadt Retensima von der SPÖ erklärt, es habe keinen auffälligen Verlauf gegeben. Katharina Pavlovske berichtet. Man habe alle Abläufe rund um die Umwidmung im Kleingartenverein breiten Lehre konstruiert, heißt es aus dem Wiener Rathaus und alle nötigen Parameter für eine Umwidmungsein erfüllt worden. Das Verfahren sei ohne Einflussnahmen durchgeführt worden, wird im Rathaus betont. Das erste Ansuchen des betreffenden Vereins hat es bereits 2006 gegeben. Der Obmann habe wiederholt darauf beharrt, wobei das Ressort von 2010 bis 2020 von den Grünen geführt wurde, wie eine Sprecherin von Planungstadt Retensima SPÖ ausführt. Dass die Umwidmung bevorsteht, war demnach seit 2019 bekannt. Vier Wiener SPÖ-Politikerinnen und Politiker haben ein Grundstück im Kleingartenverein gekauft. Sie sollen von der Wertsteigerung durch die Umwidmung in vollwertigen Baugrund profitiert haben, alle vier Weisen zurück auf die Umwidmung in irgendeiner Weise Einfluss genommen zu haben. Die Klimakrise verschärft sich und die Regierung mache zu wenig dagegen. Diesen Vorwurf erheben heute namhafte Klima-Expertinnen und Experten, die sich zu den Scientists for Future zusammengeschlossen haben. Insbesondere die Kanzlerpartei ÖVP Sätze auf Populismus, Betreibe, Realitätsverweigerung wird kritisiert. Symbolisch dafür stehe der ausgerufenen Klimanotstand. Den hat der Nationalrat 2019 beschlossen. Passiert ist seither in den Augen der Wissenschaftler so gut wie nichts, wie Niklas Lercher berichtet. Genau heute vor vier Jahren haben alle Parteien im Nationalrat außer der FPÖ den Klimanotstand anerkannt. Seit her sei aber viel zu wenig passiert, kritisiert Reinhard Steuerer, Klimapolitik-Experte an der Bokowin. Vor allem die ÖVP und Kanzler Karl Nehammer

seien für die Rückschritte beim Klimaschutz verantwortlich.  
Tatsächlich ist das, was die ÖVP in Klimapolitik betreibt,  
Realitätsverweigerung.  
Langfristig ist ein Rezept für ein Desaster.  
Am Wiener Minoritenplatz bringen die Wissenschaftlerinnen  
und Wissenschaftler von Scientists for Future.  
Deshalb symbolisch eine Augenbinde und Ornstöpsel  
am Denkmal von ÖVP-Urgestein Leopold Figel an,  
auf den sich der aktuelle Kanzler auch immer wieder gerne beruft.  
Und jetzt muss er nicht mehr zuschauen, wie eine Volkspartei  
vor einer bitteren Realität die Augen verschließt,  
Wissenschaftsverleugern zuhört anstatt Wissenschaftlern  
und im Grunde in populistischer Verantwortungslosigkeit versinkt.  
Seit fast 1000 Tagen gibt es kein Klimaschutzgesetz,  
beim geplanten Aus für Öl- und Gasheizungen will Nehammer nachverhandeln.  
Die ÖVP intern mächtige niederösterreichische Landeshauptfrau  
Johanna Mikleidner wiederum fordert, den CO2-Preis nicht zu erhöhen.  
Dabei müsse die Politik dringend handeln, fordert auch Klimaforscherin  
Helga Kromp-Kolb, denn mit der Erderhitzung steigen die Extremwetterereignisse  
von Dürren bis Überschwemmungen.  
Das heißt, wir verstehen diese Entwicklungen  
und trotzdem werden sie nicht zur Kenntnis genommen.  
Damit werde aus einem Klimanotstand eine Klimakatastrophe,  
so die einmal mehr eindringliche Warnung aus der Wissenschaft.  
Wer vor Gericht freigesprochen wird, soll künftig von der Republik  
einen deutlich höheren Ersatz der Anwaltskosten bekommen.  
Das ist jedenfalls Thema bei den Budgetverhandlungen.  
Grundsätzlich sollen sich ÖVP und Grüne auch bereits einig sein.  
Auch darüber, dass Beschuldigte nach der Einstellungen von Ermittlungen  
künftig einen Kostenersatz erhalten sollen.  
Im Budget wäre ein niedriger, dreistelliger Millionen-Betrag nötig.  
Bernd Kuschu informiert.  
Beim Rechtsanwaltskammertag am Freitag haben sich sowohl ÖVP-Ministerin  
Caroline Entstadler als auch die Grüne Justizministerin Almasadic  
für eine Reform beim Ersatz von Anwaltskosten ausgesprochen.  
Wir werden in den Budgetverhandlungen einen Vorstoß machen  
und ich bin sehr zuversichtlich, dass es das gelingen wird.  
Derzeit erhalten freigesprochene maximal 10.000 Euro, oft nur 3.000.  
Nach der Einstellung von Ermittlungen werden keinerlei Anwaltskosten  
vom Staat ersetzt.  
Der Anwaltskammer hat berechnet, was die Reform kosten könnte,  
Präsident Arminac Utudian.  
Es geht im Wesentlichen um einen hohen zweistelligen oder niedrigen  
dreistelligen Millionen-Betrag.

Demnach rund 100 Millionen Euro jährlich.

Wenn es in den Budgetverhandlungen eine Einigung der Justiz mit dem Finanzministerium gibt, dann bräuchte es als weiteren schrittfreilich noch eine Einigung auf ein konkretes Gesetz.

Mehr als die Hälfte aller Fehlbildungen bei Neugeborenen ist in der Zeit nicht erkannt.

Um das zu ändern, will die österreichische Gesellschaft für Ultraschall das sogenannte Organ-Screening in den Eltern-Kind-Pass aufgenommen wird.

In Österreich ist das bisher eine Privatleistung und kostet rund 200 Euro.

Bei schweren Herzfehlen kann eine rechtzeitige Diagnose Leben retten, sagen die Fachleute Veronica Mauer berichtet.

Rund 800 Kinder kommen in Österreich jedes Jahr mit einem Herzfehler auf die Welt, sagt Dagmar Werthatschnick für Talmedizin Völkisch.

Wir wissen, dass Kinder, die einen Herzfehler haben, die vor der Geburt keine Diagnose haben, ein deutlich höheres Risiko haben, an diesem Herzfehler zu versterben.

Das Risiko ist circa achtmal höher.

In einem Drittel der Fälle werden schwerwiegende Fehlbildungen aber nicht vor der Geburt erkannt, sagt Philipp Klaretsch von der MED-Unegrats.

Im Mutter-Kind-Pass ist nur ein Basis-Ultraschall empfohlen.

Basis-Ultraschall bedeutet die Überprüfung einer positiven Herzaktion,

dass das Kind am Leben ist, ein altersgerechtes Wachstum, eine normale Fruchtwassermenge und eine normale Lokalisation der Plazente.

Es enthält aber kein Screening auf Fehlbildungen.

Das braucht es aber, um betroffene Kinder gut erst versorgen zu können.

Nach Hollywood, wo ja zuletzt viele Film- und Serienproduktionen verschoben werden mussten, seit fast fünf Monaten wird gestreikt, jetzt gibt es eine vorläufige Einigung zwischen den Drehbuchautorinnen und Autoren und den großen Studios und Streaming-Anbietern.

Es soll sich um eine grundsätzliche Übereinkunft handeln, die aber noch final abgestimmt werden muss, wie die Gewerkschaft in Los Angeles mitteilt.

Aus den USA berichtet in Kapi.

146 Tage Autorenstreik haben Hollywood fast still stehen lassen.

Doch in Talkshows, neue Serienstaffeln und andere Produktionen



könnte bald wieder etwas Bewegung kommen.

Es gibt eine vorläufige Einigung zwischen den Drehbuchautoren und den großen Studios und Streaming-Anbietern hier in den USA.

Der Deal wird in Hollywood gefeiert.

Ich hoffe, es ist vorbei, ich möchte wieder arbeiten,

sagt der berühmte Madman-Drehbuchautor Matthew Weiner.

Die Drehbuchautoren und Autorinnen haben nicht nur mehr Geld,

sondern auch höhere Tantiemen und klare Regeln

im Einsatz von künstlicher Intelligenz gefordert.

Denn die Sorge ist groß, dass die Studios Drehbücher künftig

von Programmen wie ChatGPT stellen lassen.

In all diesen Bereichen habe die Gewerkschaft durchbrüche erzielt,

sagt der Drehbuchautor Michael Jamon.

Es sieht so aus, als hätte man auf die Bedürfnisse der Autoren

und Autorinnen nicht vergessen.

Was jetzt konkret in der Vereinbarung steht, ist noch nicht öffentlich

und muss erst von den 11.000 Gewerkschaftsmitgliedern

abgesegnet werden.

Bis zu einer Normalisierung des TV- und Filmgeschäfts

wird es noch dauern, denn die Hollywood-Schauspieler

und Schauspielerinnen befinden sich weiterhin im Streik.

Der schwankende chinesische Immobilien-Riese Evergrand

steckt in neuen Schwierigkeiten.

Der Börsenwert des Unternehmens ist heute um mehr als 20% gefallen,

weil klar wurde, dass Evergrand keine neuen Kredite mehr aufnehmen kann.

Evergrand hat vor zwei Jahren die Zahlungsunfähigkeit erklärt.

Ein endgültiger Zusammenbruch könnte die gesamte Griesel

der chinesische Immobilienpausch mitreißen, wie Ernst Kernmer berichtet.

Heute und morgen wollte der chinesische Immobilienentwickler Evergrand

eigentlich gläubiger über die laufenden Restrukturierungspläne informieren.

Durch daraus wird nichts.

Geplante Verkäufe von Immobilien gehen im übersättigten chinesischen Markt

viel schlechter als geplant, musste Evergrand einräumen.

Jetzt ist auch die Aufnahme von frischem Geld gestoppt,

weil die Behörden Unregelmäßigkeiten bei der zentralen Tochterfirma

am Unternehmenssitz in Shenzhen untersuchen.

Evergrand hat Schulden von umgerechnet rund 300 Milliarden Dollar angehäuft.

Nach Jahren der billigen Kreditvergabe in China stehen jetzt zahlreiche Immobilien leer

oder werden gar nicht fertig gebaut.

Neben Evergrand sind auch andere große Immobilienfirmen ins Straucheln geraten.

Die Branche macht rund ein Viertel der chinesischen Wirtschaftsleistung aus.

Die Printausgabe der letzten Parteizeitung Österreichs wird mit Jahresende eingestellt.

Das oberösterreichische Volksplatz im Besitz der ÖVP soll künftig nur noch digital

und einmal im Monat als Magazin gedruckt erscheinen.

Das hat die Zeitung heute mitgeteilt.

Die 45-köpfige Redaktion soll verkleinert werden.

Isabella Koch berichtet.

Begründet wird die Maßnahme mit massiven Veränderungen am Medienmarkt.

Ein verschärfter Wettbewerb, eine veränderte Leserschaft

und gestiegene Kosten, insbesondere bei Produktion und Vertrieb,

erfordern eine strategische Neuausrichtung zu Wolfgang Eder,

Geschäftsführer der Oberösterreichischen Mediendatervertriebs- und VerlagsgmbH.

Ab Jena soll es mit einem verkleinerten Team nur mehr online weitergehen.

Aktuell gibt es 45 Beschäftigte.

Mit den Betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

wird ein Einzelgespräch nach individuellen Lösungen gesucht, heißt es.

Die Zeitung wurde 1869 als Linzau-Volksblatt vom katholischen Presseverein ins Leben gerufen.

Während der NS-Zeit wurde die Zeitung eingestellt und nach dem Krieg wiederbegründet.

Weiter geht es im Nachrichtenstudio mit Rosanna Azara.

Die massive Fluchtbewegung aus Bergkarabach hält an.

Fast 7.000 Arminier sind Bisse aus der Kaukasus-Region geflohen,

nachdem als Arbeit Scharnberg-Karabach vergangene Woche erobert hat.

Die arminische Gemeinde in Österreich warnt heute vor einem zweiten Völkermord an den Arminiern in Bergkarabach.

Gefordert wird eine UNO-Mission zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Zwei Monate nach dem Militärputsch zieht Frankreich seinen Truppen aus dem Niga ab.

Die 1.500 Soldatinnen und Soldaten werden heimkehren, so Präsident Macron.

Für die ehemalige Kolonialmacht bedeutet der Abzug einen weiteren Einflussverlust in der Region, nach dem Rückzug im vergangenen Jahr aus Mali und Heuer aus Burkina Faso.

Eine vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte Kommission spricht in einem neuen Bericht von neuen Beweisen für russische Kriegsverbrechen in der Ukraine.

Die russische Armee foltert in den besetzten Gebieten Zivilistinnen und Zivilisten systematisch in großem Umfang.

Dabei sei es auch zu Tötungen, sexueller Gewalt und Vergewaltigung gekommen.

Der Pensionistenverband und der Seniorenbund ordnen eine Altersdiskriminierung beim heute wiedergestarteten Reparaturbonus.

Der Antrag auf dem Bonus könne nur digital und nicht in Papierform gestellt werden.

Die Wirtschaftskammer verweist auf die Betriebe.

Sie sollen Kundinnen und Kunden beim Herunterladen und Ausfüllen des Antrags helfen.

Mit Jahresende wird der Mobilfunkstandard 3D österreichweit abgeschaltet.

Die Frequenzen werden für den Ausbau des 5G-Netzes benötigt.

Auswirkungen für Kundinnen und Kunden werden keine erwartet.

Das Wetter bringt morgen viel Sonne, anfangs auch einige Nebelfelder.

Am Nachmittag wird es spätsommerlich warm mit 20 bis 28 Grad.

Das war das Abendjournal Technik.

Gerald Domian, Regie Helene Selmann und Julia Schmuck am Mikrofon, sagen für das gesamte Team Danke fürs Zuhören.

Hier übernimmt jetzt Monika Feldner, Zimmermann.